

AG Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz

Verbraucherbildung und -forschung stärken

Am 15. März wird jährlich der Weltverbrauchertag begangen. Angesichts einer sich rasant wandelnden Konsumwelt setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion für eine Stärkung von Verbraucherbildung und -forschung in Deutschland ein. Wegen der steigenden Energiepreise fordert die SPD-Fraktion im Bundestag zudem eine Entlastung privater Haushalte.

Nadine Heselhaus, zuständige Berichterstatterin:

„Märkte und Geschäftsmodelle wandeln sich in einem atemberaubenden Tempo. In dadurch entstehenden Angebots- und Tarifdschungel können Verbraucherinnen und Verbraucher jedoch leicht den Überblick verlieren. Was hilft, sind verständliche Produktinformationen, Beratung sowie wirksame staatliche Regulierung und Kontrolle. Es kommt aber immer auch auf die Konsumenten selbst an. Hier setzt die Verbraucherbildung an, die wir deshalb auf allen Ebenen stärken wollen. Neben Kindern und Jugendlichen müssen wir dabei weitere Gruppen in den Blick nehmen. Das betrifft etwa Menschen mit sprachlichen Defiziten oder fehlenden digitalen Kompetenzen. Das Engagement der Verbraucherzentralen in diesem Bereich wollen wir weiter unterstützen.“

Carsten Träger, umwelt- und verbraucherpolitischer Sprecher:

„Unser Augenmerk liegt außerdem auf der Verbraucherforschung. Wir müssen noch besser verstehen, wie Konsumentinnen und Konsumenten denken und warum sie bestimmte Entscheidungen treffen. Auch bei der Frage, welche Regulierungsmaßnahmen geeignet sind, ist die Politik auf wissenschaftliche Expertise angewiesen. Der Sachverständigenrat für Verbraucherfragen und das Bundesnetzwerk Verbraucherforschung leisten bereits hervorragende Arbeit. Dennoch besteht weiterer Ausbaubedarf. Ziel muss sein, die Verbraucherforschung als eigenständiges Forschungsfeld zu etablieren. Dafür setzt sich die SPD-Bundestagsfraktion ein.“

Aktuell leiden die Verbraucherinnen und Verbraucher ganz erheblich unter den steigenden Energiepreisen. Die Bundesregierung hat bereits Entlastungsmaßnahmen wie die vorgezogene Abschaffung der EEG-Umlage und einen Heizkostenzuschuss auf den Weg gebracht. Wir werden genau prüfen, welche weiteren Schritte notwendig sind, um eine Entlastung insbesondere auch der Mittelschicht und stark betroffener Unternehmen zu erreichen.“

Impressum

Nr. 51.2022 / 14. März 2022

Herausgeberin: Katja Mast, MdB
Redaktion: Albrecht von Wangenheim

T 030 227 52282
030 227 51118
E Presse@spdfraktion.de

Der Text kann im Internet unter www.spdfraktion.de abgerufen werden.